

Für Wohnhäuser am Weserufer

Parlament: Planungen werden nicht gestoppt / Debatte über Stadtentwicklung

Von Michael Brandt **Bremen. "Der Wohnraum für 20 Reiche ist wichtiger als der Widerstand im Quartier", empörte sich Peter Erlanson, Abgeordneter der Linken. Heftiger Streit entbrannte gestern in der Bürgerschaft darüber, ob am Alten Rettungshafen drei mehrgeschossige Wohnhäuser gebaut werden sollen. Die Auseinandersetzung zeigte, dass das neue Leitbild für die Stadtentwicklung, das zuvor diskutiert wurde, Zündstoff birgt.**

Die Linksfraktion hatte einen Antrag eingereicht mit dem Ziel, die Planungen für die drei umstrittenen Gebäude sofort zu stoppen. Mit diesem Vorstoß aber erntete Erlanson viel Zorn, zum Beispiel beim SPD-Baupolitiker Jürgen Pohlmann: "Das ist billiger Populismus." Karin Krusche (Grüne) stellte die geplante Bebauung am Weserufer in einen Zusammenhang mit dem Leitbild für die Stadtentwicklung bis zum Jahr 2020: "Bremen ist eine grüne Stadt und sie wird auch mit den drei Häusern am Rettungshafen eine grüne Stadt bleiben." Das Ziel der Innenentwicklung sei richtig. Wenn Flächen im Kern der Stadt bebaut werden könnten, müsse in den Randbereichen keine neue Infrastruktur geschaffen werden. Schließlich wurde der Antrag der Linksfraktion mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zuvor war es bei der Diskussion um das Leitbild Bremen 2020 und eine CDU-Anfrage zur Entwicklung des Wohnungsbaus einige Grade friedlicher zugegangen. Bausenator Reinhard Loske (Grüne) hatte das Leitbild Ende Juni erstmals öffentlich vorgestellt. Zu den Zielen, die in dem umfangreichen Papier festgelegt sind, gehört es unter anderem, die soziale Spaltung der Stadt zu verringern. Es geht aber auch darum, durch die Bebauung brachliegender Flächen die Innenentwicklung zu stärken, es geht um bildungspolitische Ziele und um Kindergartenplätze.

Zusätzlich lagen den Abgeordneten die Unterlagen des Senats zum Wohnungsbau vor. Ein Beispiel daraus: Wer in Bremen in guter Lage ein freistehendes Haus kauft, der zahlt dafür im Schnitt 602000 Euro. In der "übrigen Stadtlage" 380000 Euro. Am günstigsten im Umland ist da die Wesermarsch - dort kostet ein Einfamilienhaus im Schnitt 141000 Euro.

Selbst die Dienstleistungen der Verwaltung sind in Bremen zum Teil erheblich teurer als jenseits der Landesgrenze. Auch hier ein gegriffener Fall: Die Vermessung eines Einfamilienhauses im Wert von 190000 Euro kostet in Bremen 1322 Euro, in Niedersachsen 744 Euro. Die Differenz macht rund 77 Prozent aus.

Dieter Focke (CDU) fasste aus seiner Sicht zusammen: "Es ist schwierig und teuer geworden, in Bremen Wohnungsbau zu betreiben." Alle derzeit aktuellen Wohnungsbauprojekte seien bereits von der Großen Koalition angeschoben worden. "Das ist nach zwei Jahren rotgrüner Koalition ein Armutszeugnis." Auch Bernd Richter (FDP) übte Kritik: Die Bearbeitungszeit von Bauanträgen sei in Bremen einfach nicht akzeptabel. Und Inga Nitz (Linke): "Der soziale Wohnungsbau steht in Bremen so gut wie still." Reinhard Loske entgegnete, dass seiner Ansicht nach Bauen in Bremen nicht grundsätzlich teurer sei als im Umland. Mit fünf zusätzlichen Stellen solle auch dafür gesorgt werden, dass die Bearbeitung von Baugenehmigungen künftig schneller werde. Loske: "Bremen hat gegenüber dem Umland aufgeholt."

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 8 Datum: 26.08.2009